

Antrag des Kommission für Wirtschaft und Abgaben*
vom 10. Juni 2008

KR-Nr. 392/2004 KR-Nr. 393/2004

4469 a

**Bericht und Antrag
des Regierungsrates an den Kantonsrat
zu den Postulaten KR-Nr. 392/2004 betreffend
Ausbau und Finanzierung von Berufs- und
Sozialintegrationsprojekten für arbeitslose
junge Erwachsene nach der Lehre
sowie KR-Nr. 393/2004 betreffend
Praktikumsplätze und Anreize für die Beschäftigung
von Lehrabgängerinnen/-abgängern**

(vom

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 30. Januar 2008 und der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 10. Juni 2008,

beschliesst:

I. Die Postulate KR-Nr. 392/2004 betreffend Ausbau und Finanzierung von Berufs- und Sozialintegrationsprojekten für arbeitslose junge Erwachsene nach der Lehre sowie KR-Nr. 393/2004 betreffend Praktikumsplätze und Anreize für die Beschäftigung von Lehrabgängerinnen/-abgängern werden abgeschrieben.

* Die Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Regula Götsch Neukom, Kloten (Präsidentin); Ernst Bachmann, Zürich; Werner Bosshard, Rüm- lang; Andreas Burger, Urdorf; Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Zollikon; Thomas Kappeler, Zürich; Emil Manser, Winterthur; Ralf Margreiter, Oberrieden; Robert Marty, Affoltern a. A.; Peter Ritschard, Zürich; Peter Roesler, Greifen- see; Hansjörg Schmid, Dinhard; Hedi Strahm, Winterthur; Arnold Suter, Kilch- berg; Thomas Wirth, Hombrechtikon; Sekretär: Andreas Schlagmüller.

Minderheitsantrag Ralf Margreiter, Andreas Burger, Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Regula Götsch Neukom, Thomas Wirth:

I. Der Regierungsrat wird zur Verfassung eines Ergänzungsberichtes bis spätestens ein halbes Jahr nach Verabschiedung des Geschäftes im Kantonsrat eingeladen.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Zürich, 10. Juni 2008

Im Namen der Kommission
für Wirtschaft und Abgaben

Die Präsidentin: Der Sekretär:
Regula Götsch Neukom Andreas Schlagmüller

Begründung

In der Antwort des Regierungsrates fehlen Ausführungen zum Thema «Anreize für die Beschäftigung von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern». Im Postulat KR-Nr. 393/2004 ist dazu Folgendes ausgeführt: «Dabei sollen, wo möglich unter Einbezug der Sozialpartner, Anreize für die Beschäftigung von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern in der Privatwirtschaft geprüft und besonders jene Betriebe in die Verantwortung einbezogen werden, die selbst keinen Berufsausbildungsbeitrag leisten.» Hintergrund dazu ist, dass das Bewusstsein für die Notwendigkeit, junge Leute zu beschäftigen und ihnen damit Türen für die berufliche Zukunft zu öffnen, bei vielen Betrieben leider nicht sehr ausgeprägt ist. Der Ergänzungsbericht soll aufzeigen, wie sich der Regierungsrat zu diesem Thema stellt und welche Anstrengungen er hierzu vorsieht.